



Darmstadt, 12. Juli 2007

## Pressemitteilung

### **Vorstellung des Nationalen Integrationsplans Der Bundesregierung fehlt ein kohärenter Politikansatz**

Die Ziele des Nationalen Integrationsplans, den die Bundesregierung heute nach einjähriger Beratung mit Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft vorstellt, lassen sich mit den gerade erst vereinbarten massiven Verschärfungen des Aufenthaltsrechts- und Asylrechts nicht vereinbaren. Darauf weist der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates, Torsten Jäger, hin.

„Eine nachhaltige und zukunftsorientierte Integrationspolitik darf Schwierigkeiten des Zusammenlebens nicht ausschließlich auf mangelnden Integrationswillen und fehlende Sprachkenntnisse bei Migrantinnen und Migranten zurückführen“, so Jäger. Wenn Integration gelingen solle, müsse sie als gesamtgesellschaftlicher Prozess begriffen werden, in dem sich auch die Mehrheitsgesellschaft verändern und weiterentwickeln muss. Es genüge deshalb nicht, bei der Formulierung wohlfeiler Erwartungen an Migrantinnen und Migranten stehen zu bleiben. Vielmehr müssten auch die Integrationshemmnisse in den Blick genommen werden, die von der Mehrheitsgesellschaft zu verantworten sind. „Hierzu gehören strukturelle Diskriminierungen, rechtliche und soziale Ausgrenzung, Verweigerung von Partizipationsrechten und rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung“, so Jäger.

Diese Fragestellungen seien in den Debatten um die Erarbeitung eines nationalen Integrationsplanes ausgeklammert worden. Statt dessen habe man parallel zur Erarbeitung des Integrationsplanes mit dem 2. Zuwanderungsänderungsgesetz ein Projekt realisiert, mit dem soziale und rechtliche Rahmenbedingungen von Einwanderern in Deutschland massiv verschlechtert würden: „Der Ehegattennachzug wird erheblich eingeschränkt, die Nichtteilnahme an Integrationskursen mit Bußgeldern belegt, die Einbürgerungsvoraussetzungen werden verschärft und weitere Haftgründe für Asylsuchende geschaffen.“

Zu einem Integrationsgipfel einzuladen und Dialoge zu organisieren ist der richtige Weg. Der Interkulturelle Rat kritisiert allerdings, dass gravierende gesetzliche Verschlechterungen parallel dazu beschlossen werden, über die nicht einmal mehr gesprochen werden kann.

Goebelstraße 21  
64293 Darmstadt  
Telefon 06151-33 99 71  
Telefax 06151-3919740  
info@interkultureller-rat.de  
www.interkultureller-rat.de  
Postbank Frankfurt  
Konto 64 71 50-604  
BLZ 500 100 60